

## Spanische Regierung sagt dem Rauchen den Kampf an 16/05/2005

Nach einer dynamischen Kampagne, die zu Beginn des Jahres vom Comité Nacional para la Prevención del Tabaquismo (CNPT – Nationales Komitee zur Tabakprävention) ins Leben gerufen worden war, erhielt das vom spanischen Gesundheitsministerium vorgeschlagene Tabakgesetz am 22. April 2005 die Zustimmung des Ministerrats.

Dieser erste Schritt war angesichts des anfänglichen Widerstands der Wirtschafts-, Steuer-, Beschäftigungs-, Industrie- und Handelsminister der heikelste und schwierigste Teil des Prozesses. Nächste Woche wird der Gesetzesentwurf dem Parlament vorgelegt; danach ist die Genehmigung des Senats erforderlich. Das Gesundheitsministerium hofft auf eine Verabschiedung und Veröffentlichung des Gesetzes bis Herbst 2005, so dass dieses im Januar 2006 in Kraft treten kann.

Das Gesetz enthält ein vollständiges Werbe- und Sponsoring-Verbot für Tabak, ein absolutes Rauchverbot am Arbeitsplatz einschließlich öffentlicher und privater Unternehmen und ein absolutes Rauchverbot in allen geschlossenen Räumen. Raucherzonen werden nur in Sozialeinrichtungen, Bars und Restaurants mit einer Größe von über 100 m<sup>2</sup>, Nachtclubs, Discos und anderen öffentlichen Treffpunkten für Erwachsene, auf Flughäfen, in Warte- oder Eingangsbereichen von Theatern, Kinos und anderen Veranstaltungsräumlichkeiten erlaubt sein. Der Gesetzesentwurf sieht ferner eine Anhebung des gesetzlichen Mindestalters für den Erwerb von Zigaretten auf 18 Jahre sowie drastischere Gesundheitswarnungen auf den Zigarettenpackungen vor. Die im Zusammenhang mit den Sanktionen abgestellten Ressourcen werden für die Tabakkontrolle (Prävention und Behandlung) eingesetzt.

Die Verabschiedung des Gesetzes trifft auf starken Widerstand seitens der Tabakindustrie und des Gastgewerbes (Barbesitzer, Cafés und Restaurants), die mit wirtschaftlichen Kosten für die Anpassung von Lokalen und Infrastrukturen sowie der Notwendigkeit argumentieren, der Nachfrage von Rauchern, Gewerkschaften und dem spanischen Arbeitgeberrat (COE) Rechnung tragen zu müssen. Auch die Werbebranche wehrt sich heftig gegen das Gesetz. Diese Woche findet in Madrid eine Konferenz für spanische Experten (und Medien) statt, die diesem wichtigen Meilenstein zusätzliche Dynamik verleihen soll.

### Quelle:

Agence France Presse, 22. April 2005

<http://beta.news.yahoo.com>

